

## **Frühjahrskonferenz**

05./06. Juni 2025 in Bad Schandau



## **Beschluss**

### **TOP I.25**

#### **Anhebung des Zuständigkeitsstreitwerts und dessen Auswirkungen auf die PEBB§Y-Fortschreibung in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften im Jahr 2027**

Berichterstattung: Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen-Anhalt

1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben sich mit den Auswirkungen der geplanten Anhebung des Zuständigkeitsstreitwerts auf die PEBB§Y-Fortschreibung in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften im Jahr 2027 befasst.
2. Sie bekräftigen, dass eine Vollerhebung der durchschnittlichen Bearbeitungszeiten in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften im Jahr 2027 erforderlich ist, um die Akzeptanz und Validität der PEBB§Y-Personalbedarfsberechnung zu gewährleisten.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, sich der Anhebung des Zuständigkeitsstreitwerts der Amtsgerichte kurzfristig anzunehmen. Sie sprechen sich für eine deutliche Anhebung auf 10.000,00 EUR aus; einen höheren Wert halten sie unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte für nicht sinnvoll. Sie bitten, einen entsprechenden Gesetzentwurf mit Inkrafttreten zum 1. Januar 2026 vorzulegen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass es zu einer Verzögerung der PEBB§Y-Vollerhebung kommt.